Beschlussvorlage
OBM/007/2026

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Stadtrat	17.06.2026	öffentlich	Beschluss

Betreff:
Wahl eines berufsmäßigen Stadtratsmitglieds für das Referat I (Referat für Personal, Organisation, Sicherheit und Bürgerservice) vom 01.07.2026 bis 30.09.2027
hier: Durchführung der Wahl und Festsetzung der Dienstaufwandsentschädigung; Feststellung des Wechsels des Beamtenverhältnisses

Anlagen:
Gutachten

Sachverhalt (kurz):

Der Stadtrat hat in der konstituierenden Sitzung am 06.05.2026 das Aufgabengebiet für das Referat I (Referat für Personal, Organisation, Sicherheit und Bürgerservice) festgesetzt und beschlossen, dass für das Aufgabengebiet des Referates I ein berufsmäßiges Stadtratsmitglied bis 30.09.2027 gewählt werden soll.

Die Wahl soll nun im Stadtrat am 17.06.2026 erfolgen. Zugleich ist die Dienstaufwandsentschädigung für die Amtszeit festzusetzen und der Wechsel des Beamtenverhältnisses festzustellen.

1. Finanzielle Auswirkungen:

☐ Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ *weiter bei 2.*)

☒ Nein (→ *weiter bei 2.*)

☐ Ja

☐ Kosten noch nicht bekannt

☐ Kosten bekannt

Gesamtkosten	€	**Folgekosten**	€ pro Jahr
		☐ dauerhaft ☐ nur für einen begrenzten Zeitraum	
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?
(mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:

☒ Nein (→ *weiter bei 3.*)

☐ Ja

☐ Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans

☐ Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)

☐ Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

☐ Ja

☐ Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

3. Diversity-Relevanz:

☒ Nein

☐ Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:

☐ **RA und DiP** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

☐

☐

☐

Beschlussvorschlag:

Herr Kuch ist derzeit Beamter auf Lebenszeit im Amt eines Stadtdirektors (BGr. B3) bei der Stadt Nürnberg. Er wird zum 01.07.2026 in ein Beamtenverhältnis auf Zeit als berufsmäßiger Stadtrat ernannt.
Es wird daher festgestellt, dass die Voraussetzungen für eine Entlassung aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit vorliegen (§ 22 Abs. 3 BeamtStG) und das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum 01.07.2026 endet.
Dem heute für den Geschäftsbereich Referat I (Referat für Personal, Organisation, Sicherheit und Bürgerservice) gewählten berufsmäßigen Stadtrat Herrn Kuch wird für die Amtszeit vom 01.07.2026 bis 30.09.2027 ergänzend zur Besoldung nach BGr. B 5 die Dienstaufwandsentschädigung nach Anlage 2 zu Art. 46 Abs. 1 KWBG in Höhe des jeweils anzuwendenden höchsten Rahmensatzes gewährt.